

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

ich kann mir gut vorstellen, dass viele kaum verstehen, was derzeit im Freistaat passiert. Es ist absurd: Die Sicherheitsbehörden schleifen, von „PEGIDA“ getrieben, in Dresden vorübergehend das komplette Versammlungsrecht. Das gab es noch nie! Als Rechtfertigung diente ein arabischer Twitter-Beitrag, der die Bedrohung einer einzelnen Person belegen sollte. Sicher, Hinweise müssen bewertet, Gefahren bekämpft werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Belieben außer Kraft gesetzt wird.

Deshalb wollen wir wissen, wie es dazu kam. Mit einem Dringlichen Antrag forderten wir die Staatsregierung zum Beginn der Landtagssitzung auf, uns aufzuklären. CDU und SPD lehnten ab. Am Abend erreichte uns eine neue bizarre Nachricht: Vor dem großen Toleranz-Konzert mit internationalen Stars hat es eine Bombendrohung gegeben. Die Polizei ging ihr mit Spürhunden nach, ließ die Veranstaltung aber zu. Schon das zeigt, dass das Versammlungsverbot in der Woche zuvor offensichtlich völlig überzogen war.

Der Innenminister hatte sich derweil geheim mit Köpfen der „PEGIDA“ getroffen. Dabei wurden, wie er erklärte, „Inhalte oder Positionen zur Seite gestellt“. Er habe über die Sicherheit ihrer Aufmärsche sprechen wollen. Warum aber übernehmen das nicht die Versammlungsbehörden, sondern der Minister höchstselbst? Die Antwort ist einfach: Ulbig will Oberbürgermeister von Dresden werden, das Frustpotential der „PEGIDA“ parteipolitisch abernten. Bis hierhin mag alles „nur“ absurd gewesen sein. Die Welt schaut auf Sachsen und reibt sich die Augen. Es fehlt aber nicht viel, bis es gefährlich wird – für die Demokratie.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorwärts in die Vergangenheit

Der Staatshaushalt ist nicht alles, aber ohne ihn ist alles nichts: Dicke Papierbündel in den Büros der Landtagsabgeordneten künden von einer neuen Verhandlungsrunde zu diesem wichtigen Gesetzeswerk. Hinter den Zahlenkolonnen steckt das wahre Leben: Von ihnen hängt ab, ob es in den nächsten Jahren gelingen wird, Probleme wie den Lehrermangel oder den Polizeibau anzupacken und den Freistaat für die Zukunft fit zu machen. Eine erste Debatte hat im Landtag bereits stattgefunden. Finanzminister Georg Unland (CDU) hat den Haushaltsentwurf der Regierung eingebracht, die Fraktionen – auch **Oppositionsführer Rico Gebhardt** – nahmen Stellung. Und obwohl erst in den kommenden Wochen konkret über die Einnahme- und Ausgabeposten gestritten werden wird, zeichnet sich ab, in welche Richtung die Regierung gehen will: Mit leichten Ausgabenerhöhungen will man die schlimmsten Folgen der fünf schwarz-gelben Jahre reparieren, gelangt damit aber an vielen Stellen nicht einmal auf das Niveau zurück, das der Freistaat vor der schwarz-gelben Kürzungssorgie seit 2010 schon einmal hatte. Die Devise lautet: Vorwärts in die Vergangenheit, aber nur den halben Weg ...

Die Staatsregierung rechnet insgesamt damit, dass die Einnahmen und damit der Gesamtumfang des Haushalts bis 2016 leicht wachsen werden, auf 17,23 Milliarden Euro pro Jahr (2014: 17 Mrd.). 2015 will man 171 Millionen und 2016 noch einmal 234 Millionen aus der Haushaltsausgleichsrücklage entnehmen. Denn Unland rechnet Sachsen weiter künstlich arm und unterschätzt

absichtlich die Steuermehreinnahmen, auch um sich keine weiteren Forderungen vom Koalitionspartner SPD gefallen lassen zu müssen. Trotz allem sinken sowohl die Ausgaben für Investitionen als auch die Zuweisungen an die Kommunen – weiterer Substanzverzehr ist vorprogrammiert. Der Spielraum für neue Schulgebäude, Brücken oder Straßen schwindet, Städte und Gemeinden bleiben klamm. Positiv ist nur, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung etwas höher ausfallen sollen, wenn auch bei weitem nicht so hoch, wie es notwendig wäre.

Rico Gebhardt ging mit dem Entwurf hart ins Gericht und griff Unland scharf an. „Das Prinzip Ihres bisherigen Handelns lautete: Es muss nur genug Geld im Sparstrumpf sein, dann steuert Sachsen auf ein goldenes Zeitalter zu. Stattdessen haben wir monatelange Pegida-, Legida-, Hoygida-, Cegida- und andere Umzüge verunsicherter, wütender Menschen erlebt“. Sachsen brauche keine Finanzpolitik, die hohe Rücklagen als einziges Erfolgsziel ansehe, sondern „eine Politik, die Sachsen und den hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft und welcher Religion, wirklich gerecht wird. Davon aber sind Sie mit diesem Haushaltsentwurf meilenweit entfernt!“ Da helfe auch keine millionenschwere Imagekampagne „So geht sächsisch“, die spätestens jetzt eingestampft werden müsse. Alles andere sei Geldverbrennung – wie bei der Landesbank, deren Ruin Sachsens Steuerzahlerinnen und Steuerzahler jedes Jahr 100 Millionen Euro kostet. Gebhardts Fazit: „Der Regierungsentwurf der neuen

Koalition ist nicht viel mehr als die Reparatur der immensen Bauschäden, die die Vorgänger-Koalition hinterlassen hat“.

Die öffentlichen Kassen in Sachsen werden noch immer vor allem aus Quellen gespeist, die nicht im Freistaat sprudeln: Mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen stammen von der EU, dem Bund oder aus dem Länderfinanzausgleich. Die sächsische Wirtschaftsleistung liegt noch immer bei nur 73 % des Bundesdurchschnitts. Es ist absehbar, dass die Einnahmen aus den Solidarpakt- und EU-Mitteln bis 2020 um bis zu 2,5 Milliarden Euro pro Jahr absinken werden. Gerade deshalb müssen zwei Prinzipien unbedingt beachtet werden: Zum einen darf der Doppelhaushalt keine neuen Probleme mit hohen Folgekosten verursachen – so darf Sachsen beispielsweise nicht länger damit warten, den Lehrermangel zu beheben. Zum anderen muss sich die Staatsregierung in Berlin und Brüssel für höhere Einnahmen einsetzen – etwa mit Vorschlägen für ein Steuersystem, das Gutverdiener und Vermögende stärker in die Pflicht nimmt. Unland aber betrachtet weiter vor allem die Ausgaben-seite. Das führt unweigerlich in die Sackgasse.

Auch die Linksfraktion wird Änderungsvorschläge zum Haushalt entwickeln – für ein soziales Sachsen, bessere Bildung, mehr Kultur. Dabei arbeiten wir weiterhin nur mit dem Geldbetrag, den auch die Staatsregierung zugrunde legt, kommen also verfassungsgemäß ohne neue Schulden aus. Schon beim letzten Doppelhaushalt haben wir so eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Viele davon werden wir nun wieder in die Debatte, weil sich in den letzten Jahren in Sachsen kaum etwas bewegt hat. Voraussichtlich im April wird der Landtag dann den Doppelhaushalt 2015/2016 beschließen. Ob bei Polizei und Justiz, der in diesen Tagen heiß diskutierten Flüchtlingsbetreuung, in der Bildung oder bei Sozialem: Der Landtag muss den Entwurf der Regierung verändern, wenn er Missstände beseitigen statt schaffen soll. Die vergangene Legislaturperiode war ein verlorenes halbes Jahrzehnt für Sachsen – wir stellen uns der Aufgabe, den Problemberg der verbrauchten Regierung abzarbeiten. Weil Reformen aber nur möglich werden, wenn sie im Haushalt festgezurrt sind, werden die kommenden Wochen richtig spannend.



Baustelle Bildungssystem: Betrug beim Kita-Schlüssel, Lehrermangel wird bleiben

Beste Bildungschancen von der Kita bis zur Hochschule – dafür soll auch der Doppelhaushalt sorgen. Bei Betreuung und Bildung der Jüngsten genehmigt sich die Koalition allerdings einen lupenreinen Betrug. Lange haben Träger und Opposition gefordert, mehr Kita-Erzieherinnen und -Erzieher einzustellen, also den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Der Koalitionsvertrag verspricht einen kleinen Schritt: Ab September 2015 soll ein Erzieher in Kindertagesstätten statistisch gesehen nicht mehr 13, sondern 12,5 Kinder betreuen, ab September 2016 noch 12. In Kinderkrippen soll dieses Verhältnis ab September 2017 von 1:6 auf 1:5,5 und ein Jahr später auf 1:5 verbessert werden. Die Freude wird aber schnell getrübt. Denn CDU und SPD versprechen zwar, dass „der Freistaat Sachsen die Kosten, die mit dieser Qualitätsverbesserung verbunden sind“, tragen wird. Doch es kommt anders. Denn die Eltern werden mindestens die Hälfte der Mehrkosten bezahlen müssen. Die Kommunen, die Träger der allermeisten Kitas sind, bekommen für das zusätzliche Personal zu wenig Geld vom Freistaat, außerdem sind sie chronisch unterfinanziert. Sie sollen sich deshalb weitere Mittel besorgen – durch höhere Elternbeiträge. In Kindergärten und Horten

steigen diese von 30 % auf 33 % der Personal- und Sachkosten, was den Eltern Mehrausgaben von bis zu 170 Euro jährlich pro Kind beschert. Bei Krippen können die Elternbeiträge von 23 % auf 26 % erhöht werden – Mehrkosten von bis zu 300 Euro pro Kind und Jahr. Natürlich müssen die Kommunen nicht die höchstmöglichen Beiträge erheben. Allerdings werden viele durch ihre Finanznot und die Rechtsaufsicht bei der Haushaltsgenehmigung dazu gezwungen. Damit nicht genug: Bei der Berechnung des Betreuungsschlüssels dürfen künftig auch Assistenzkräfte ein-



© Manfred Jahreis/PIXELIO

bezogen werden, an die es keine fachlichen Anforderungen gibt. Künftig könnte also jede und jeder Fünfte im Kita-Personal keine Fachkraft sein. Für die Eltern heißt das: Mehr bezahlen für weniger Qualität. Wortbrüchig werden CDU und SPD auch bei der Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer – obwohl die Schülerzahlen steigen. Unland: „Im Schulbereich haben wir die unbefristete Einstellung von mindestens 6.100 Lehrern bis zum Jahr 2019 sichergestellt“. Damit aber werden nur die Lehrkräfte ersetzt, die in Rente gehen. Von den insgesamt 1.000 zusätzlichen Pädagoginnen

und Pädagogen, die der Koalitionsvertrag verspricht, ist im Haushaltsentwurf keine Rede mehr. Auch bei den Freien Schulen löst der Etat die Probleme nicht. Die Schulen in freier Trägerschaft waren Opfer von Einschnitten in ihre finanzielle Ausstattung, was sie gegenüber den öffentlichen Schulen benachteiligte. Ein Urteil des Verfassungsgerichts verpflichtet den Freistaat inzwischen, öffentliche und freie Schulen gleich zu behandeln. Allerdings sind die staatlichen Zuschüsse an die Freien Schulen weiter zu niedrig, weshalb sie Schulgeld erheben müssen. Dabei füllen Freie Schulen viele Lücken, die nach den Standortschließungen im öffentlichen Schulnetz klaffen.

Auch bei den Hochschulen muss sich die Koalition Kritik gefallen lassen. Denn sie setzt immer stärker auf Drittmittel, um die sich die Wissenschaftler aufwändig bewerben müssen, als auf öffentliche Grundmittel. Der Staat zieht sich also zurück, soll doch die Industrie die Forschung bezahlen. Die Gesellschaft braucht aber auch Erkenntnisse, die zu gewinnen sich vielleicht marktwirtschaftlich zunächst nicht rechnet. Die Grundaustattung der Hochschulen wird weiter abgesenkt. Fazit: Der Haushaltsentwurf vergibt nicht nur Bildungschancen. Er vergibt Chancen für ganz Sachsen.

Baustelle Soziales: Ausgleich gibt es nur mit uns

Seit der Verfassungsänderung gelten auch neue Regeln für den Landeshaushalt. DIE LINKE hatte durchgesetzt, dass neben Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auch der soziale Ausgleich als gleichberechtigter Grundsatz zu beachten ist. Wer die Regierung fragt, wie sie den sozialen Ausgleich in ihrem Haushaltsentwurf konkret umgesetzt hat, erntet aber nur Worthülsen. Deshalb werden wir genau kontrollieren, ob sich das Land auf Kosten der Schwächsten konsolidieren soll.

Betrachtet man die Aussagen des Finanzministers zum Haushalt, scheint es, als ob die Regierung genau das in Kauf nimmt. O-Ton Unland: „Die beste Sozialpolitik ist diejenige, die Arbeit schafft. [...] Die Förderung der Wirtschaft bildet daher auch im vorliegenden Haushaltsentwurf eine bedeutende Priorität“. Zwar setzen CDU und SPD einen LINKEN Vorschlag zur Wirtschaftsförderung um, denn ein Fusionsfonds soll kleinen Unternehmen beim Wachsen helfen. Es wäre aber

dennoch verfehlt, so undifferenziert zu argumentieren wie Unland. Denn „Arbeit“ ist nicht gleich „Arbeit“. 42 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in Sachsen arbeiten zu einem Niedriglohn – doppelt so viele wie bundesweit. Überdurchschnittlich sind auch die Zahlen der Langzeitarbeitslosen, der älteren Erwerbslosen, der Hartz-IV-AufstockerInnen, der LeiharbeiterInnen und der Menschen mit Hartz-IV-Dauerbezug. Die Zahl der vergleichsweise gut bezahlten Arbeitsplätze mit betrieblicher Mitbestimmung im produzierenden Gewerbe hat sich seit 1991 halbiert. Was neu entsteht, ist überwiegend prekäre Beschäftigung. Altersarmut wird vorprogrammiert. **Dieses Land hat die Verpflichtung zum sozialen Ausgleich bitter nötig.**

Auch zwei weitere Beispiele zeigen, dass der Regierungsentwurf sozialpolitisch verbessert werden muss. So ist fraglich, ob die geplanten Krankenhausinvestitionen ausreichen. Schließlich muss gerade eine alternde Gesellschaft eine hochwertige Klinikversorgung sichern.

Das wird dadurch erschwert, dass die Krankenkassen seit 2015 nichts mehr zu den Klinik-Investitionen beisteuern. Im Doppelhaushalt sind nun 130 Millionen Euro für 2015 und 120 Millionen Euro für 2016 eingeplant. Damit lassen sich zwar die weggefallenen Kassenmittel ausgleichen, allerdings bleiben die Zuschüsse immer noch unter dem Bedarf, den die Sächsische Krankenhausgesellschaft auf 234 Millionen Euro jährlich beziffert.

Auch bei der Schaffung einer inklusiven Gesellschaft mit umfassender Barrierefreiheit – zweites Beispiel – besteht Nachholbedarf. Allerdings wird der Etat-Entwurf der Regierung bisher weder den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention noch dem Ziel Barrierefreiheit gerecht. Mit den geplanten drei Millionen werden sich keine barrierefreien öffentlichen Gebäude schaffen lassen.

Wir LINKE halten nicht nur die diversen Millionärs-Schonprogramme der CDU- und SPD-Bundesregierungen für verfehlt. Wir werden auch beim Landeshaushalt darauf achten, dass er dem sozialen Ausgleich dient!



© Pixielot - Fotolia.com

Baustelle Polizei und Justiz: Notstand wird nicht beseitigt

Im Zusammenhang mit Protesten gegen „LEGIDA“ war er wieder in aller Munde: der Personalmangel bei der sächsischen Polizei. Wegen ihm wurde sogar die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt – das bleibt unabhängig davon, wie die dann verbreiteten Ansichten zu bewerten gewesen wären, inakzeptabel. Aber auch abseits solcher großen Einsätze schwindet die Präsenz der Polizei, Streifen brauchen immer länger bis zum Einsatzort. Große Hoffnungen galten daher dem Koalitionsvertrag, der Besserung versprach.

Der Haushaltsentwurf zeigt nun, wie wenig davon übrig ist. So gelobt die Koalition, künftig pro Jahr etwas mehr Polizei-Nachwachskräfte einzustellen – ganze 400. Schon diese Mini-Umkehr der CDU-Innenpolitik bedurfte jahrelanger Proteste. Allerdings werden bis 2025 jedes Jahr bis zu 650 Beamte altersbedingt ausscheiden, der Einstellungskorridor ist also weiterhin zu schmal. So schrumpft Sachsens Polizei weiter vor sich hin, die von der CDU

geschaffene Lücke beim Polizei-Personal bleibt. Bestenfalls kann verhindert werden, dass sie größer wird. Dabei ist längst erwiesen: Mit jedem aufgegebenen Polizei-Standort in der Fläche steigt die Kriminalität. Eine wirkliche Zukunftsinvestition wäre ein sofortiger Stopp des Stellenabbaus, damit wenigstens die Altersabgänge ausgeglichen werden können. Anstelle von Werbekampagnen („Verdächtig gute Jobs!“) sollte der Polizeiberuf durch verbesserte Besoldung, Ausrüstung und Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

Der Personalmangel bei der Polizei ist aber nicht das einzige sicherheitspolitische Problem, das der schwarz-rote Haushalt nur halbherzig anpackt. Erst kürzlich wurde ein Hilferuf der Generalstaatsanwälte laut, wonach Sachsens Justiz mit der Auswertung von Beweismitteln nicht hinterherkommt. Die kriminaltechnischen Institute in Sachsen sind zu schlecht ausgestattet und haben zu wenig Personal, ihre alternde Technik erlaubt keine opti-



male und schnelle Verfolgung etwa von Internet-Kriminalität. Hinzu kommen überlange Verfahrensdauern an den Gerichten, insbesondere an den Verwaltungsgerichten. Auch

hier wird nur zögerlich gehandelt: 36 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte vorrangig für die Staatsanwaltschaften und Sozialgerichte, einhundert Spezialisten für Internet-Kriminalität und ganze zwei neue Verwaltungsrichter sollen für reibungslose und schnellere Verfahren sorgen. Das kann mit so wenigen Stellen allerdings kaum gelingen, zumal die Besoldungs- und Entlohnungsstrukturen die benötigten Experten eher nicht anlocken werden.

So bleibt der Haushaltsplan 2015/2016 für den gesamten Bereich der Justiz nur ein finanzpolitischer Feuerwehreinsatz: An Stellen, wo es so laut knirscht, dass es kaum zu ignorieren ist, wird etwas mehr Geld investiert.

Auch das sind allerdings nur Symptom-Kuren, Missstände werden nicht an der Wurzel gepackt. Das wäre aber notwendig – im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Sachsen und nicht zuletzt von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit.

Baustelle Kommunen: Überforderung nicht nur bei der Flüchtlingsunterbringung

Ein erklecklicher Teil des Geldes, um das bei Haushaltsverhandlungen gestritten wird, landet über das Finanzausgleichsgesetz bei den Kommunen. Kreise, Städte und Gemeinden erbringen Leistungen, die für unser aller Leben wichtig sind: Energie- und Wasserversorgung, Nahverkehr, Schulwesen, Abfallentsorgung, Kultur und vieles mehr. Das fällt ihnen immer schwerer, weil der Freistaat seine Kommunen karg ausstattet. Ihre Aufgabenpalette ist stetig breiter geworden, die Einnahmen wachsen aber nicht entsprechend mit. Deshalb machen Bibliotheken, Schwimmbäder oder Jugendklubs dicht. Gleichzeitig häuft der Finanzminister Jahr für Jahr dreistellige Millionenüberschüsse an. Dabei sollten die Kommunen an den Rücklagen des Freistaates beteiligt werden. Beispielsweise könnten sie eine jährliche Investitionspauschale von 100 Millionen Euro bekommen, damit sie ihre zum Teil marode Infrastruktur in Ordnung bringen können. Davon findet sich aber nichts im Haushaltsentwurf der Regierung, der hinsichtlich der Kommunalfinanzen hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Beispiel 1: Sportanlagen. Der Breitensport und die Vereinslandschaft stärken nicht nur die Gesundheit, sondern auch den Zusammen-

halt. Das ist gerade in Zeiten von „PEGIDA“ wichtig. Dennoch gibt es bei Turnhallen oder Fußballplätzen einen Investitionsstau, den der Landessportbund auf eine dreistellige Millionensumme taxiert. Die Sportstättenförderung soll aber quasi halbiert werden. Schlechte Nachrichten für die Kommunen, denn ihnen fehlen Mittel zum Bau und zur Unterhaltung der Anlagen. Dabei sagt der Koalitionsvertrag: „Wir wollen dafür sorgen, dass auch in Zukunft Jeder und Jedem flächendeckend attraktive Sportstätten zur Verfügung stehen“.

Beispiel 2: die Jugendpauschale. Mit ihr unter-

stützt der Freistaat die Landkreise und kreisfreien Städte bei der örtlichen Jugendhilfe: Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und so weiter. So erhielt etwa die Stadt Dresden im Jahr 2014 mehr als 1,5 Millionen Euro. Es leuchtet ein, dass solche Angebote für die jungen Menschen wichtig sind, nicht nur für die Freizeitgestaltung. Allerdings gilt auch bei der Jugendpauschale die Devise „Vorwärts in die Vergangenheit, aber nur den halben Weg“: 2010 wurde sie von 14,30 Euro pro Kind auf 10,40 Euro gekürzt, nun will man bei 12,40 Euro hängen bleiben.

Beispiel 3: Probleme bei der

Unterbringung von Asylsuchenden. Ob Kamenz, Meißen oder Schneeberg: Überall wird von chaotischen Zuständen in den Unterkünften geredet. Turnhallen müssen als Notquartier herhalten, Menschen werden zusammengepfercht, die hygienischen Bedingungen sind oft katastrophal. Dabei stehen viele tausende Wohnungen in Sachsen leer. Die Kommunen brauchen schnell mehr Geld, um diesen Wohnraum nutzbar machen und eine menschenwürdige Unterbringung organisieren zu können. Der Not-Zuschuss von zehn Millionen Euro, den die Staatsregierung nun gewährt, reicht bei ständig steigenden Flüchtlingszahlen nicht aus. Der Haushalt muss dafür sorgen, dass die Kommunen dauerhaft in Unterkünfte investieren können! Außerdem sind mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter notwendig, um die oft traumatisierten Flüchtlinge zu betreuen. Der Haushaltsentwurf verspricht für 2015 insgesamt vier Millionen, für 2016 sieben Millionen, um die Kommunen dabei zu unterstützen. Diese Beträge sind lächerlich: Allein die Stadt Leipzig veranschlagt für diese Aufgabe 2015 2,4 Millionen Euro.

Nicht zuletzt das Chaos bei der Flüchtlingsunterbringung zeigt: Sachsens Kommunen müssen durch höhere Zuschüsse endlich wieder Luft zum Atmen bekommen!



Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt

Wer den Film „Schindlers Liste“ gesehen hat, erinnert sich sicher an die bewegende Schlusszene. Der Unternehmer bekommt von seinen jüdischen Arbeitern, die er vor der Vernichtung rettete, ein besonderes Dankesgeschenk. In den Ring, gegossen aus Zahngold, das einer der „Schindler-Juden“ beisteuerte, ist eingraviert: „Wer nur ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“. Dieser Satz steht in seiner Langfassung – „Wer auch immer ein einziges Leben rettet, der ist, als ob er die ganze Welt gerettet hätte“ – sowohl im babylonischen Talmud, Traktat Sanhedrin 37a, als auch im Koran (Sure 5:32). Er ist zugleich das Motto eines Zeitzeugen-Erinnerungsprojektes mit dazugehöriger Ausstellung, das vom Jüdischen Frauenverein Dresden e. V. verantwortet wird und das anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz auf unserer Fraktionsetage gastierte. Es portraitiert zehn Frauen, die sich während der Nazi-Zeit für die Rettung ihrer verfolgten jüdischen Mit-



bürger einsetzten und dabei ihr eigenes Leben riskierten.

Geschildert wird beispielsweise das Schicksal von Herta und Kurt Fuchs aus Oberpoyritz bei Dresden. Im Frühjahr 1945 klopfen die drei polnischen Juden Josef Sz wajcer, Abramek Sztajer und Roman Halter, erst 17 Jahre alt, an ihre Tür. Sie hatten in einem Zwangsarbeiterlager in Dresden, Schandauer Straße 68, Munition herstellen müssen und waren nach dem Bombenangriff auf einen Todesmarsch geschickt worden, von dem sie fliehen konnten. Es blieb nicht unbemerkt, dass das Ehepaar Fuchs ihnen Unterschlupf gewährte. Am 12. Mai 1945, vier Tage nach dem Ende des Krieges, wurden Kurt Fuchs und Josef Sz wajcer mitten im Dorf erschossen, wohl von „zurückflutenden SS-Leuten“, wie Herta Fuchs später angab.

Der **Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Rico Gebhardt**, dankte dem Verein in seiner Rede zur Ausstellungseröffnung und erinnerte an den Jahrestag der Auschwitz-Befreiung: „Den Soldaten der Roten Armee, ja der ganzen Welt wurde gewahr, was bis dahin nur die Opfer und die Täter des Holocaust wussten – und nur wenige Menschen ahnten: Die ganze Dimension des Grauens, der Barbarei und der Unmenschlichkeit, die mit dem Völkermord im Namen des deutschen Volkes an den europäischen Juden nicht nur in Auschwitz, aber vor allem dort geschah. Keiner der hierfür geprägten Begriffe wie Genozid, Völkermord, Holocaust, Judenvernichtung u.a. vermögen dieses Ausmaß von Schuld und Entmensch-



lichung, Gewalt und Erniedrigung, Schmerz und Verlust, Trauer und Leid widerzugeben. Es sind vor allem die Bilder, die wir beispielsweise seit dem Besuch der KZ-Gedenkstätten oder nach einem Dokumentarfilm in unserem Kopf haben, von Leichenbergen, von Folterkellern, von medizinischen Versuchen, von Verbrennungsöfen, die Berge von Brillen, Schuhen, Haaren ... Bilder, die uns zutiefst erschütterten, die wir nicht wieder loswerden und die immer vor unseren Augen stehen, wenn das Wort Auschwitz fällt“. Es werde in diesen Tagen häufig der drohende Untergang des Abendlandes beschworen. „Auschwitz ist für alle Zeiten Mahnmal des absoluten Kollapses aller sogenannter abendländischer Werte, des vollständigen Zusammenbruchs abendländischer Zivilisation“. Gebhardt verwies auch auf die israelische Gedenkstätte Yad Vashem,

die den Opfern des Holocaust ein Denkmal setzt, und auf den „Garten der Gerechten unter den Völkern“. Letzterer erinnert an all die mutigen Menschen, die größte Gefahren auf sich nahmen, um ihre jüdischen Nachbarn oder geflohene jüdische Zwangsarbeiter vor dem sicheren Tod zu bewahren. Die Liste der „Gerechten unter den Völkern“ enthält auch etwa dreihundert deutsche Namen, die sämtlich die Schutzbehauptung widerlegten, der Einzelne habe nichts gegen die staatliche Judenvernichtung tun können. Im Gegenteil – Gebhardt: „Es kommt immer auf jeden Einzelnen an“. Möge die Erinnerung wachbleiben – an die Opfer, aber auch an jene, die sich für deren Schutz einsetzten: die zehn Frauen, zahlreiche andere Bürgerinnen und Bürger, und auch – Oskar Schindler und seine Frau Emilie.

Intershop für Nippes

So schnell kann es gehen, und man gehört aus Sicht der CDU nicht mehr zum erlauchten Kreis der hoffähigen Opposition, sondern zu den lästigen Quertreibern. Auf der Tagesordnung der 7. Plenarsitzung stand die Fragestunde an die Minister. Unsere Fraktion hatte die Kredite für den Staatsbetrieb, zur Zukunftsstrategie und zum Erhalt der Meissner Porzellan-Manufaktur als kulturelles Erbe auf die Tagesordnung gesetzt. Meine erste Frage an den Minister für Finanzen, Georg Unland, lautete denn auch: „Sie stellen in Ihren Pressemitteilungen immer wieder die Wahrung, Pflege und Förderung des bedeutsamen Kulturgutes der staatlichen Porzellan-Manufaktur Meißen und deren Identität über die Region hinaus – hört man Meißen, denkt man an Meißner Porzellan – in den Vordergrund. Wie können Sie es vor diesem Hintergrund verantworten, dass aus einem derartigen Kulturgut ein Intershop für Nippes für neureiche Kleinbürger gemacht wird?“ Die Antwort des Ministers war knapp und beschränkte sich auf die Worte: „Das ist eine böswillige Frage, welche ich nicht beantworte“.

Der CDU-Abgeordnete Jens Michel fühlte sich daraufhin bemüßigt, eine

Pressemitteilung zu verfassen, Zitat: „Besonders befremdet mich aber ... mit welcher Abschätzigkeit sich Herr Sodann über die Arbeit der Beschäftigten der Porzellanmanufaktur geäußert hat. ... Der Sächsische Landtag ist kein Ort für flegelhaftes Benehmen“. Meine Frage war aber ernst gemeint. Wagen Sie doch einmal einen Blick auf www.meissen.com: Da wird geredet von Meißner Couture 1710. Und kaum ein Wort vom kultu-

rellen Erbe, von der Stadt Meißen, von Identität sowie der 300jährigen Tradition der Meißner Porzellan-Manufaktur, sondern Möbel, Kleider, Kissen, Schals, Ringe, Füllfederhalter, Decken, Schneiderbürsten, und diese großenteils produziert im Ausland. Selbst das Markenzeichen, die sich kreuzenden Schwerter, werden im Ausland aufgedruckt. DAS ist kulturloser, flegelhafter Umgang, nicht meine Anfrage.

Dr. Reinhard Fichte (Sprecher der Bürgerinitiative „Manu in Gefahr“) schrieb in einem Leserbrief an die Sächsische Zeitung: „Gut und richtig, dass Herr Sodann als Abgeordneter des Landtages diese Fragwürdigkeiten ungeschminkt beim Namen nennt. Damit beleidigt er nicht die Manufakturisten, wie es der christliche Demokrat Herr Michel benennt. Nein, er hält mit seinen Worten die schützende Hand über die Künstler und Mitarbeiter“. Genau so habe ich es gemeint.

Franz Sodann, MdL



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag